

Platz abbeck

Nr. 2, Februar 2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Noch in den neunziger Jahren versuchten die Meinungsmacher der Bevölkerung zu suggerieren, nur in Italien, nicht aber in Deutschland gebe es Korruption. Dann kamen die „Leuna-Affäre“ und der CDU-Spendenskandal. In Köln trugen die Geschäfte von SPD-Heugel nicht unwesentlich zum CDU-Sieg bei den letzten Kommunalwahlen bei. Und auch danach gab es so viel Wirbel um diverse Korruptionsverdachte und -fälle in den unterschiedlichsten Ämtern, dass eigens die Stelle einer „Anti-Korruptions-Beauftragten“ eingerichtet werden musste.

Es ist zu befürchten, dass durch derartige Skandale die Politikverdrossenheit der Bürger und ihre Verweigerungshaltung bei Wahlen zunimmt.

Diese Grundströmung wird sicherlich auch durch die anstehenden Haushaltsberatungen verstärkt. Durch eine verfehlte Steuerpolitik auf Bundesebene sind die Großunternehmen sehr stark steuerlich privilegiert worden. Durch günstige Abschreibungsmöglichkeiten sind die Großunternehmen weitestgehend von ihrer Steuerpflicht befreit worden. Die Folge ist ein massiver Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen bei den Kommunen, so auch in Köln. Diese Finanzmisere hat die Kommunen ausgeblutet. Um mittelfristig wieder handlungsfähig zu werden, muss eine umfassende Gemeindefinanzreform in Angriff genommen werden.

Der Internationale Frauentag steht bevor. Wir arbeiten mit dafür, dass er die Frauen in aller Welt dem Frieden, der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit näher bringt.

Viel Spaß
beim Lesen,
bis
zum nächsten Mal
Eure
Sengül
Senol



Versorgung mit der Abfallentsorgung?

Lückenlose Aufklärung über Bau der MVA und der Privatisierungen

Erneut wird wichtigen Personen der Kölner Politik persönliches Fehlverhalten vorgeworfen, bei dem sie sich haben moralisch verbiegen und korrumpieren lassen. Die PDS Offene Liste im Rat der Stadt Köln erklärt dazu:

Diese Verstrickungen sind verwerflich und bestärken die Bürgerschaft in ihrer Abscheu vor der Politik. Sie reagieren darauf inzwischen mit Resignation und verweigern ihre Stimme bei den Wahlen.

Wer hier und heute in Köln an einem moralisch-ethischen Leitbild herumbastelt, muss sich vorhalten lassen, eine Fata Morgana vorzuspiegeln, mit der die Kölner getäuscht werden sollen.

Eine Eis- und Auszeit für die Sozialpolitik ist damit angebrochen. Der politische

Schaden ist so schnell nicht wieder gut zu machen."

Die Ratsgruppe fordert: „Unabhängige Fachleute und die Staatsanwaltschaft müssen den gesamten Komplex der MVA und die darauf folgenden Privatisierungen unter die Lupe nehmen.

Die gesamte Planung der Privatisierung von AWB und AVG ist zwar von der SPD-nahen Stadtverwaltung entworfen worden, die nachfolgende CDU/FDP-Stadtspitze hat sie dann aber umgesetzt."

Die PDS Ratsgruppe ist über die Kür eines hohen Geschäftsführers der Trienekens-Betriebe zum Kölner CDU-Bundestagskandidaten mehr als verwundert.

Sengül Senol,
Jörg Detjen

Haushaltsberatungen 2002:

„Die Großen kassieren ab, das Tafelsilber wird ‚verramscht‘, bei den Sozialschwachen wird gekürzt“

Die Großen kassieren ab, das Tafelsilber wird „verramscht“, und bei den Kleinen wird gekürzt. Auf diesen Nenner kann man die diesjährige Haushaltsvorlage bringen. Die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung führt zu einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Durch abenteuerliche Abschreibungsmöglichkeiten ist die Großindustrie weitestgehend von der Steuerpflicht befreit worden. Leidtragende sind die Kommunen, denen die Gewerbesteuererinnahmen weggebrochen sind. Nach Mitteilung des Kölner Kämmers Soénus ist das voraussichtliche Haushaltsloch für das Jahr 2002 aufgrund geringerer Gewerbesteuererinnahmen dramatisch von 158,5 Millionen Euro auf 206 Millionen Euro gestiegen.

Die dicksten Brocken im städtischen Haushalt mit fast vierzig Prozent machen die Personalkosten aus. Einen in etwa gleich hohen Prozentsatz machen die sogenannten sächlichen Verwaltungs- und Betriebskosten aus. Darunter versteht

man z.B. Kosten für Gebäudeunterhaltung, für Fahrzeugpark und für Büromaterial. Einen weiteren wichtigen Haushaltsposten stellt die Sozialhilfe dar.

Rund 15 Prozent des Haushaltsvolumen werden für Investitionen ausgegeben. Der Rat steht nunmehr vor der schwierigen Aufgabe, die gemeindliche Infrastruktur aufrechtzuerhalten und gleichzeitig das riesige Haushaltsloch zu stoppen. Die CDU-/FDP-Mehrheit im Stadtrat macht es sich wieder einmal sehr einfach. Die Unionschristen glauben einfach, es werde in diesem Jahr erheblich weniger Sozialhilfeempfänger in Köln geben. Mit buchhalterischen Tricks werden die voraussichtlichen Kosten für die Sozialhilfe rein fiktiv runtergerechnet. Sollte die Zahl der Sozialhilfeempfänger nicht abnehmen, so räumt der CDU Fraktionsvorsitzende Bietmann im Rat selber ein, „müsse halt ein Nachtragshaushalt her“. Die CDU verschiebt somit die Probleme statt sie zu lösen.

Fortsetzung Seite 2

Eine weitere Möglichkeit, das Haushaltsloch zu stopfen, sehen die Privatisierungs-Ideologen von CDU und FDP in der Verschleuderung von städtischem Vermögen. 42000 GAG- und Grubo-Wohnungen sollen verkauft werden. Mit der Organisation des Verkaufs wurde das Bankhaus Oppenheim betraut, das sich auch in Berlin Meriten beim Verkauf von städtischen Wohnungen erworben hat. Sicherlich ein Zufall ist es, dass zeitgleich mit der Betrauung die Nachricht von einer 200 000-DM-Spende Oppenheims an die Kölner CDU an die Öffentlichkeit kam. Der Verkauf der Wohnungen an ein rein betriebswirtschaftlich orientiertes Unternehmen wird zwangsläufig zu Mietsteigerungen führen. 50% der GAG/Grubo-Wohnungen werden von Sozialhilfeempfängern bewohnt. Ein weiterer großer Teil von Rentnern und Geringverdienenden.. Bei diesen Bevölkerungsgruppen führen auch nur geringe Mietsteigerungen zu dramatischen Auswirkungen auf ihre Lebenssituation. Zudem wird der Gestaltungsspielraum städtischer Politik enorm eingeschränkt. Die Stadt Köln hätte keinen kommunalen Wohnbestand mehr. Sie hätte damit keine Möglichkeit mehr, gezielt über die Wohnungsvergabe in soziale Brennpunkte einzugreifen. Wenn die CDU und FDP auf ihr Belegungsrecht für 12.000 Wohnungen hinweisen, ist dies bloße Augenwischerei. Der neue Besitzer der GAG-/Grubo-Wohnungen kann jederzeit die Kredite für die Sozialwohnungen zurückzahlen und damit das Belegungsrecht aushebeln.

Die Privatisierung der GAG/Grubo ist lediglich ein weiterer Schritt der Privatisie-

rungen städtischen Eigentums. Wie die Diskussion um die städtischen Krankenhäuser zeigt, sind weitere Privatisierungen zu erwarten.

Völlig inakzeptabel sind die Bestrebungen der CDU/FDP-Mehrheit, Haushaltsmittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus enorm zu kürzen. Die Aktionsprogramme gegen Rechts werden insgesamt um 155 000 Euro gekürzt. Insbesondere auch ist das EL-De-Haus von den Kürzungen betroffen.

Eher kurios, wenn auch teuer, ist der Plan von CDU und FDP, je Stadtbezirk einen „Müllschnüffler“ einzusetzen. Diese „Schnüffelei“ soll die Steuerzahler fast eine halbe Million kosten.

Eine weitere Auffälligkeit ist bei den Haushaltstellen für die Kinder- und Jugendhilfe festzuhalten. Der diesjährige Haushaltsansatz für Krabbelgruppen, Kindergärten und Horte bedeutet eine Kürzung um fast über vier Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Das Schulwesen ist ein weiterer wichtiger Problembereich. Die Pisa-Studie hat erschreckende Defizite des deutschen Schulwesens an die Öffentlichkeit gebracht. Wie auch der DGB fordert, gilt es, die Ganztagschulen auszubauen. Die Kölner Schulbauten haben einen großen Erneuerungsbedarf. Das Land NRW hat der Stadt 26 Millionen Euro zugewiesen. Wir schließen uns dem DGB in seiner Forderung an, eine umfassende Sanierungs-offensive zu starten.

Bedenklich sind die weitgehenden Einsparungen im Bereich Migration. So erfreulich die Erhöhung der Mittel für die Sprachförderung von 20.000 Euro auf 40.000 Euro ist, diese Summe ist vollkommen unzureichend. Ein handfester

Skandal ist nach wie vor die Bereitstellung von über einer Million Euro für die Konzentration von Flüchtlingen in einem Lager auf dem ehemaligen CFK-Gelände in Kalk.

Sengül Senol



Bündnis gegen Privatisierung der Wochenmärkte

Da kam Freude auf im Wirtschaftsausschuss, als über die Privatisierung der städtischen Märkte diskutiert wurde. Ein Bündnis von IHK, DGB, SPD, Grüne, PDS und die Verwaltung lehnte einen Prüfauftrag über Möglichkeiten der Privatisierung der Wochenmärkte ab. Die CDU war mit viel Murren dafür, und die FDPler konnten als Oberprivatisierer endlich mal mit Herrn Houben glänzen. Dass die IHK dem Bündnis der Privatisierungsgegner per Tischvorlage noch beitrug, war für die PDS mehr als überraschend, deshalb wollen wir mal in deren Begründung hineinhören:

„Die Industrie- und Handelskammer zu Köln steht diesen Privatisierungsbemühungen kritisch gegenüber, wenn nicht im Vorfeld bestimmte Funktionen und Bedingungen geklärt werden. Auch wenn die Organisation der Kölner Wochenmärkte an sich keine hoheitliche Aufgabe ist, so müssen dennoch die Vergabe und die Ordnungs- und Überwachungsfunktionen, die derzeit dem Marktamt obliegen, im öffentlichen Bereich bleiben ...

Eine Bündelung der Wochenmärkte in einem von der Verwaltung vorgeschlagenen Auswahlverfahren in eine Mischung aus großen und kleinen, erfolgreichen und weniger erfolgreichen sehen wir als wenig sinnvoll an. Privat betriebene Wochenmärkte müssen sich aus sich heraus rechnen. Zudem gibt es bei diesem Vorgehen ein formales Problem: Den Bezirksvertretungen steht, laut Hauptsatzung der Stadt Köln, das Recht zu, über die Wochenmärkte in ihrer Anzahl und Größe etc. zu entscheiden. Bislang sind die Bezirksvertretungen dazu noch nicht gehört worden.“

Immerhin schön, dass wenigstens die IHK sich mit kommunal-demokratischen Gepflogenheiten auskennt.

Jörg Detjen

Schwere Krise in den Kassen – keine Erholung in 2002:

Nachdem sich die Finanzkrise der Städte im Jahr 2001 stark zugespitzt hat, ist für die kommunalen Kassen auch in diesem Jahr keine Erholung in Sicht. Das belegen aktuelle Daten zur Finanzlage der Städte, Gemeinden und Kreise, die der Deutsche Städtetag Ende Januar vorgelegt hat. Der spektakuläre Absturz der Gewerbesteuer und die Verluste durch die Steuerreform bestimmten die Situation im vergangenen Jahr. In zahlreichen Städten quer durch die Republik brach die Gewerbesteuer besonders dramatisch ein, um über 20 und bis zu 70 Prozent.

Die bitteren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, auch für 2002: Investitionen etwa für Straßen und Kindergärten müssen verringert, die Sanierung von Schulen vertagt, Büchereien und Bäder geschlossen werden. Gleichzeitig rutschen die städtischen Haushalte tief ins Defizit, sagte die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth. Der größte kommunale Spitzenverband vertritt über 5700 Städte mit insgesamt 51 Millionen Einwohnern.

Im Frühjahr soll eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingesetzt werden. Es sei angesichts der dramatischen Entwicklung bei der Gewerbesteuer ein Trauerspiel, dass Bund und Länder ihren zwischen 2001 und 2004 von bisher 20 auf 30 Prozent steigenden Anteil an der Gewerbesteuer – die Gewerbesteuerumlage – nicht abzusenken bereit seien.

Zur Stärkung der kommunalen Investitionen, die zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen ausmachen, fordert der Deutsche Städtetag Finanzhilfen des Bundes. Aufgrund der hohen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen sei eine solche Finanzspritze gerechtfertigt. Denn bei den Städten und Gemeinden führe die Abschreibung der Lizenzkäufe zu Steuerverlusten von mehr als 5 Milliarden Euro.



Justizminister Dieckmann (r.) und Michael Wallach

■ Ehrenfeld

Fledermaus soll Brücken schlagen

Seit kurzem hat die neugestaltete Eingangshalle des Ehrenfelder Bürgeramtes einen neuen Blickfang. Eineinhalb Meter hoch ist die Fledermaus-Skulptur aus Tuffstein, die Michael Wallach gestaltet hat.

Das Besondere daran: die Figur entstand in der Justizvollzugsanstalt Ossen-dorf. Wallach realisierte dort mit Strafgefangenen das Projekt „Stein des Anstoßes“. In seinem Rahmen sollten „Denkmale von drinnen nach draußen“ geschaffen werden, Denkanstöße und Brücken zur Öffentlichkeit.

Matthias Remky, der Geschäftsführer des Vereins für eine soziale Zukunft „Maßstab“ erläuterte das Projekt in Anwesenheit von NRW-Justizminister Dieckmann und etlicher Landes- und KommunalpolitikerInnen, des Leiters der Ossen-dorfer Vollzugsanstalt, Foegen, Vertretern von Staatsanwaltschaft und anderen Justizbehörden. Zum erstenmal in ihrem Leben konnten Gefangene ihre schöpferischen Fähigkeiten entfalten – mit erstaunlichem Ergebnis, wie die Abbildung weiterer Skulpturen zeigte, die Remky als Anschauungsmaterial mitgebracht hatte.

Minister Dieckmann begrüßte die Initiative und das Engagement des Verein „Maßstab“ für dieses Projekt und betonte, dass eine sinnvolle Freizeitgestaltung, nicht nur ein Freizeitverbringen, im modernen

Strafvollzug einen wichtigen Platz einnehme.

Zwei weitere Skulpturen aus dem Projekt sind bereits vor der Kita der Vollzugsanstalt und bei der Bezirksregierung aufgestellt, weitere sollen ihren Platz auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne Klerken, vor dem Polizeipräsidium und dem Gebäude der Staatsanwaltschaft finden.

■ Nippes

Ampel soll Radfahren sicherer machen

Michael Weisenstein von der PDS Offenen Liste wird in die nächste BV-Sitzung einen Prüfauftrag an die Verwaltung zur Einrichtung einer Ampel für Fahrradfahrer einbringen.

Zur Zeit müssen die Radfahrer, die aus der Barbarastrasse kommen und in den Kuhweg fahren möchten, zwei Grünphasen abwarten (zur Überquerung der Barbarastrasse und zur Überquerung der Boltens-sterstraße), obgleich die jetzige Ampelschaltung eine Überquerung der Kreuzung während der Grünphase der linksabbiegenden Kraftfahrzeuge ermöglicht. Weisenstein: „Viele Radler nutzen heute bereits die Grünphase aus. Dies zwingt die Radfahrer jedoch zu ordnungswidrigem Fahrverhalten, was wiederum bei Kraftfahrern zu Irritationen führt“.

Weisenstein schlägt vor, an der Kreuzung Barbarastrasse/Boltenssterstraße

eine Ampel für Fahrradfahrer zu installieren. „Dann könnten aus der Barbarastrasse kommende Radler, die in den Kuhweg wollen, mit der Grünphase der links abbiegenden Autofahrer sicher die Boltenssterstraße im rechten Kreuzungsbereich überqueren“.

■ Nippes

Straßenstrich: Unnötige Befürchtungen?

Vor einigen Monaten wurde der „Straßenstrich“ mit einigem Aufwand von der Innenstadt nach Longerich verlegt. Vor der Verlegung gab es Proteste der Anwohner. Außerdem gab es immer wieder kritische Stimmen, die geltend machten, dass ein Teil der Frauen die Verlegung der Straßenprostitution nicht mitmachen würde. Die meisten Hilfsangebote der Stadt und freier Träger befinden sich nach wie vor in der Innenstadt.

Michael Weisenstein von der PDS-Offenen Liste wird in der nächsten BV-Sitzung nach den bisherigen Erfahrungen mit der Straßenstrich-Verlegung fragen.

Vor allem möchte er wissen, ob es bisher zu den befürchteten Konflikten zwischen den Beteiligten der Straßenprostitution gekommen ist und ob die Kriminaldelikte tatsächlich zugenommen haben, wie ebenfalls vorausgesagt wurde. Weiter heißt es in der Anfrage: „Gab es bis zum heutigen Tag Beschwerden über die Straßenprostitution (am neuen Standort) aus der Bevölkerung?“. Schließlich möchte Weisenstein wissen, wie Verwaltung und Polizei reagieren, falls es zutrifft, dass „nicht alle Sexarbeiterinnen von Eigelstein und Reichenspergerplatz heute in Longerich ihrer Arbeit nachgehen, sondern an alter Stätte wirken?“



Erstaunen löste dieses Foto im Amt für Straßenbenennungen aus. Dort waren die Zuständigen der Überzeugung, dass der Platz seit eh und je beschildert sei. Allerdings wäre es auch möglich, so ein Mitarbeiter, dass im Zuge des Museumsneubaus ein an der Ecke stehender Pfahl mit dem Straßennamen entfernt wurde. Jetzt gibt's jedenfalls neue Schilder und auch eine exakte Lagebeschreibung. Laut Info des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster beginnt der Gülichplatz an der Einfahrt zur Tiefgarage am Quatermarkt und endet an der Straße Obenmarspforten. Er umfasst also das gesamte „Haus Neuerburg“ (in dem u.a. das Ratsbüro der PDS/Offenen Liste untergebracht ist) und den davor stehenden „Karnevalsbrunnen“.

„Hurra – die Schule brennt“!

Dieser Wunschtraum unzähliger Schülergenerationen wurde im vergangenen Juli zum Alptraum für den Leiter der Rodenkirchener Gesamtschule, Horst Schneider. Ein Großfeuer vernichtete 17 Räume dieser ältesten Kölner Gesamtschule, die 1971 im damals noch nicht eingemeindeten Rodenkirchen ihren Betrieb aufgenommen hatte.

Dank des Einsatzes vieler Firmen und Ämter gelang es, den Schulbetrieb mit Beginn des neuen Schuljahres im nicht betroffenen Teil der Schule und in „demonstrativen Fertigbauten“ (sprich: Containern) regulär wieder aufzunehmen.

Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung ergab inzwischen, dass ein Wiederaufbau des dreißig Jahre alten Gebäudes sich nicht

lohnt. Ein Neubau soll her. So weit, so klar. Aber plötzlich kam ein völlig neuer Zungenschlag in die Pläne. Von CDU-Seite kam plötzlich die „Überlegung“, ob nicht statt einer Gesamtschule lieber ein Gymnasium in Rodenkirchen gebaut werden solle. Im Fernsehen verkündete eine CDU-Frau, in Rodenkirchen bestehe durch bevölkerungspolitische Umschichtungen kein Bedarf mehr an einer Gesamtschule. Die Eltern wollten mehrheitlich ihre Kinder lieber auf ein Gymnasium schicken. Mal abgesehen davon, dass auch die Gesamtschule über eine Gymnasialstufe verfügt, erstaunt diese Erkenntnis der Eliteschulen-Befürworter doch einigermaßen angesichts der langen Wartelisten für die Aufnahme in die acht Kölner

Gesamtschulen (auch in Rodenkirchen).

Eindeutig für den Erhalt der Gesamtschule haben sich neben Gewerkschaftern und anderen vor allem die Eltern der Rodenkirchener Schülerinnen und Schüler erklärt. So schreibt die Klassenpflegschaft der Klasse 8 I in einem Brief: „Wir sind davon überzeugt, dass die Gesamtschule Rodenkirchen ihren Platz im Spektrum der Schulen im Kölner Süden behalten muss, u.a. aus folgenden Gründen:

- ▶ Sehr gut funktionierende Ganztagschule
- ▶ Durchlässigkeit der verschiedenen Schulstufen
- ▶ Deutlich größere Nachfrage als Angebot in diesem Raum
- ▶ Einzige Gesamtschule zur Integration von behinderten und nichtbehinderten Kindern im Kölner Süden
- ▶ Wesentliche Ergänzung des Schulspektrums in unseren südlichen Stadtteilen.

Die Rodenkirchener Eltern luden alle Ratsvertreter ein, sich persönlich von der Qualität der Ausbildung an „ihrer“ Schule zu überzeugen und sich für den Erhalt einzusetzen.

So drängt sich der Eindruck auf, dass die jetzt für Unruhe sorgende Diskussion um die Gesamtschule ein Versuchsballon der CDU ist, generell in Köln und darüber hinaus gegen die bewährte Form der Gesamtschulen mobil zu machen. hum



Ein Bild des Schreckens im Sommer 2001

„Fregatte Köln“

Die Fregatte Köln liegt im Zuge der „unerschütterlichen Solidarität“ der Bundesregierung seit etlichen Wochen am Horn von Afrika. Sie kann auf zahlreiche ähnliche Einsätze zurückblicken: Während des Golfkrieges von 1991 besetzte sie als Teil des Schiffsverbandes „Southern Guard“ im Mittelmeer wichtige Positionen. 1994 war sie Führungsschiff des deutschen „Marineverbands Somalia“ und wirkte dabei mit, Bundeswehreinheiten aus dem Kriegsgebiet zurückzuholen.

Die PDS-Offene Liste Köln kritisiert die Patenschaft der Stadt mit dem Zerstörer, auch wenn sie haushaltstechnisch kaum ins Gewicht fällt. Dennoch sieht die Ratsgruppe diese Patenschaft als indirekte Zustimmung zu deutschen Kriegseinsätzen. Wer die knappen Kassen der Kommune kritisiere, müsse wissen, dass der Bund in Zukunft noch mehr Geld zur Finanzierung der Kriegseinsätze ausgeben wird. Ein weiterer Grund für Kommunalpolitiker, gegen den weltweiten Einsatz der Bundeswehr aufzubegehren. Übrigens gab es bereits beim Stapellauf der „Köln“ im Mai 1981 Proteste unter dem Motto „Soll Blohm & Voss Profit mit Fregatten raffen? Wir wollen lieber für den Frieden schaffen!“ Ein Jugendvertreter, der entsprechende Handzettel verteilt haben sollte, flog damals fristlos, die Werksleitung sah ihn als „Unruhestifter“ auf dem Werftgelände an.



Der „Kreuzer Köln“, Vorläufer der jetzigen Fregatte gleichen Namens, wurde im zweiten Weltkrieg versenkt. Foto: Museum auf Guernsey

Terminhinweis:

**Nächstes Treffen der PDS OL:
Montag, 11. März 2002,
19 Uhr, Bezirksverwaltung
Nippes, Neusser Str. 450,
2. Seiteneingang**

Gericht: Schnellschuss auf Bürgerbegehren

Als einen Schnellschuss gegen die unmittelbare Demokratie wertet die PDS-Ratsgruppe den Eilbeschluss des Verwaltungsgerichts Köln zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens.

Das Gericht weist auf eine Gesetzeslücke hin. Eine aufschiebende Wirkung eines Verkaufs, trotz Bürgerbegehrens sieht die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung nicht so einfach vor. Das ist z.B. in Bayern anders.

Die Gruppe ist nach wie vor der Auffassung, dass der Gesetzgeber einen Deckungsvorschlag nur dann abverlangt, wenn damit wie bei ordentlichen Ratsanträgen Ausgaben verbunden sind. Die Bürger verlangen aber keine Ausgaben für kommunale Einrichtungen, sondern wollen einmalige Einnahmen verhindern und laufende Einnahmen durch die Abführung von Erträgen der Wohnungsgesellschaften in den städtischen Haushalt sicherstellen. Das Hauptverfahren ist inzwischen eingeleitet.